

Einbruchskriminalität lässt sich nicht alleine durch Prävention zurück drängen - Mehr qualifiziertes Personal erforderlich

22.11.2013

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert in NRW mehr qualifiziertes Personal zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität. Die Zahl der Einbrüche in NRW ist von 2008 mit 38.002 Fällen auf 54.167 Fälle in 2012 um über 40% gestiegen. In den Kommissariaten, die die Einbruchskriminalität bearbeiten, hat sich die Zahl der Kriminalisten aber nicht erhöht.

"Mit Präventionskampagnen wie „Riegel vor“ werden die Bürgerinnen und Bürger in die Pflicht genommen, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen", sagte Wilfried Albishausen zum Start der aktuellen Kampagnenwoche am 18.11.2011 in Düsseldorf. "Jeder Hausbesitzer sollte natürlich in die Pflicht genommen werden, einen Grundschutz selbst zu gewährleisten. Dies entlastet die Polizei aber nicht aus ihrer gesetzlichen Verpflichtung, Straftaten qualifiziert zu bearbeiten und Straftäter zu verfolgen."

Die derzeit agierenden ost- und südosteuropäischen Banden zeichnen sich durch rücksichtsloses und konsequentes Vorgehen aus. "Die Täter ziehen von Wohnung zu Wohnung und suchen sich bewusst die nur unzureichend gesicherten Objekte aus", so Albishausen weiter. Hier sind auch die Wohnungsunternehmen aufgerufen, den Bewohnern einen technischen Grundschutz anzubieten. Die Kriminalpolizei muss darüber hinaus gut aufgestellt sein. Neben der ausreichenden Zahl von Sachbearbeitern muss auch die Sachfahndung nach gestohlenen Gegenständen schnell und wirksam arbeiten können. "So kommen wir auf die Spur der Täter", machte Albishausen deutlich.

Eine zentrale Forderung des BDK ist, im Baurecht bei Neu- und Umbauten die DIN 1627 vorzuschreiben, um somit für die Zukunft die technische Sicherung zu verbessern. "Hier könnte ich mir staatliche Förderung ebenso gut vorstellen wie auch eine reduzierte Versicherungsprämie beim eigenen Haus, wenn die technischen Sicherungen vorhanden sind", schloss Albishausen sein Pressestatement am vergangenen Montag.

Im Nachgang machte der Landesvorsitzende dann in Gesprächen mit der Innenpolitik deutlich, dass es möglich sein muss, kurzfristig mindestens 150 zusätzliche Stellen in die Kripo zu geben, alle Einsatztrupps den Direktionen K zuzuordnen und daraus landesweit eine im Gesamten Ziel führende und dauerhafte Aktion „Riegel vor“ zu starten.

Der Innenminister müsse in Abstimmung mit seinem Kollegen aus dem Justizressort vor Allem auch den Tätern mit einer Repressionskampagne „Riegel vor – für Einbrecher in der Haftanstalt“ den Kampf ansagen. "Aus einer solchen Aktion wird durch die Stärkung der Einbruchkommissariate sowie der Staatsanwaltschaften und Gerichte zusammen mit den Präventivmaßnahmen ein Schuh aus dem Gesamtpaket, welches die Bevölkerung als dann tatsächlich wirkungsvolle Bekämpfung der Wohnungseinbrüche wahrnehmen und honorieren wird", erklärte Albishausen heute abschließend in Düsseldorf.